

Lärminderungsplan – Bericht zum Lärmaktionsplan
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

Der Lärmaktionsplan für Ingolstadt (Runde 4) wird bekannt gegeben.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	28.11.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	17.12.2024	Bekanntgabe

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 28.11.2024

Bürgermeisterin Kleine verweist auf das vorangegangene Prozedere und merkt an, dass der vorliegende Lärminderungsplan die gesetzlichen Anforderungen erfülle und bereits von der Regierungsbehörde für in Ordnung befunden worden sei. Es handelt sich im Wesentlichen um zwei Maßnahmenpakete. Zum einen seien dies die Fahrbahnbeläge und die Konstruktion der verschiedenen technischen Details (Schächte u.a.), damit man diese lärmreduziert würden. Zum anderen wären es Geschwindigkeitsbeschränkungen, die sich lärmindernd auswirken können. Auf Bundesebene sei die neue Straßenverkehrsordnung erfolgt. Es fehlen aber noch, um als Behörde und Verkehrsmanagement in Richtung Geschwindigkeitsbeschränkung Tempo 30 tätig zu werden, die Veraltungsvorschriften. Diese Ausführungsbestimmungen zur Novelle werden für das Frühjahr 2025 erwartet. Erst danach können planungssichere Vorschläge vorgelegt werden. Nach wie vor sei die Umsetzung von Tempo 30 als Richtgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet schwierig. Bürgermeisterin Kleine sichert hierzu eine Prüfung für einen Probelauf zu. Quartiersbezogen größere Bereiche mit Tempo 30 auszuweisen, könne nach Prüfung hinsichtlich einer evtl. Verkehrsverlagerung schon umgesetzt werden.

Stadtrat Achhammer verweist auf die Problematik der Lärmentwicklung an der Autobahn und merkt an, dies im Auge zu behalten. Weiter weist er darauf hin, dass es z. B. im Bereich Südosten – Niederfeld – unerträglich sei. Die Stadt müsse hier für eine positive Lösung alles Mögliche unternehmen. Auch die Stadträte sollen Gespräche mit den Abgeordneten führen, da dies nicht städtisch sei. Dies könne aber durchaus mit einfließen. Im Nordosten sei ersichtlich, dass solche Maßnahmen, zum Ziel führen können. An Bürgermeisterin Kleine gewandt betont er, hier etwas für die Bürger zu unternehmen, da dies dort unerträglich sei.

Diese Verpflichtung nehme Bürgermeisterin Kleine gerne mit in die Verwaltung. Sie geht davon aus, im nächsten Jahr Gespräche mit der Autobahndirektion über den freiwilligen Beitrag der Stadt für bestimmte Lärmschutzmaßnahmen zu sprechen. Dies sei intern bereits aufgestellt, aber Gespräche wurden noch nicht geführt, weil dies mit einer freiwilligen Leistung der Stadt Ingolstadt verbunden sei. Bürgermeisterin Kleine sichert nochmals zu dies aufzugreifen, verweist aber zugleich auf die Bremswirkung des Konsolidierungsprogramms für freiwillige Leistungen.

Stadtrat Witty unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Achhammer und begrüßt, dass Gespräche mit der Autobahndirektion geführt werden. Er regt an einen Vertreter in den

Ausschuss einzuladen um deutlich zu machen, dass dies ein großes Anliegen sei. Weiter verweist er auf Pläne und Zusagen, was den Lückenschluss entlang der A9 im Südosten anbelange. Nach seinen Worten sei es schon angebracht, so viel Druck wie möglich, aufzubauen.

Es solle überlegt werden, welche Verhandlungsmethode ein Ergebnis erzielen, so Bürgermeisterin Kleine.

Fraglich sei, ob sich jemand von der Autobahndirektion für einen Besuch bereit erkläre. Herr Hoffmann regt an, dass die ersten Verhandlungen nichtöffentlich geführt werden sollen, denn auch die Stadt könne in die finanzielle Pflicht genommen werden.

Für Bürgermeisterin Kleine sei es klar, dass auch die Stadt hier agieren müsse.

Stadtrat Deiser verweist auf die Seite 26 des Aktionsplans zu den lärmarmen Straßenbelegen. Bei den Straßen mit Kopfsteinpflasterbelag sei es klar, dass diese lauter seien. Aber es seien asphaltierte Fahrspuren als besonders laut gekennzeichnet, wie z. B. in der Schrannen- und in der Beckerstraße. Er fragt nach warum dies so sei.

Bürgermeisterin Kleine sichert eine Klärung bis zur Stadtratssitzung zu.

Es komme immer auf den Verkehr an, so Frau Wittmann-Brand. Auch der ÖPNV könne eine Rolle spielen.

Da allen bekannt sei, dass gespart werden müsse, favorisiere Stadtrat Böttcher Tempo 30. Seines Erachtens müsse das Ziel sein, möglichst viel Tempo 30 in die Stadt zu integrieren. Der Vorteil sei, dass dies mit keinen Kosten verbunden sei, aber relativ viel bringe. Wichtig sei aber auch die Überwachung.

Der Lärmaktionsplan habe noch eine höhere Anzahl an dringlichen Stellen hervorgebracht. Die Autobahndiskussion gebe es schon lange und es müsse hier viel getan werden. Stadtrat Semle regt an, dass alle Stadtratsfraktionen und Gruppierungen bei den Lärmhotspots und auch bei Tempo 30, gut zusammenarbeiten. Dies solle ausprobiert und nicht gleich wieder im Keim ersticken werden.

Stadtrat Lange weist darauf hin, dass fast 60 Prozent der Ingolstädter Bevölkerung unter dem Lärm leiden. Insofern müsse man hier dringend tätig werden.

Bei der Bürgerbeteiligung haben die Bürger zum Lärmaktionsplan sowohl die hohe Belastung als auch die notwendige Überwachung angesprochen, so Bürgermeisterin Kleine.

Der Lärminderungsplan wird bekannt gegeben.